

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 50 (1970-1971)

Heft: 12: Das Jahr 1921 : 50 Jahre "Schweizer Monatshefte"

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

INVASION IN LAOS – FRIEDENSHOFFNUNGEN IM NAHEN OSTEN

Der an dramatischen Wendungen reiche Vietnamkonflikt ist anfangs Februar in eine neue Phase getreten. Südostasiatische Truppen sind in das Königreich Laos eingedrungen, um den *Ho-Chi-Minh-Pfad* zu unterbinden und damit den Nachschub des Gegners entscheidend zu treffen. Wie weit diese Offensive Saigons direkte militärische Unterstützung durch die Vereinigten Staaten erhält, blieb unklar. Dass sie durch amerikanische Luftstreitkräfte vorbereitet und gedeckt wurde, unterliegt keinem Zweifel. Ob aber auch US-Bodentruppen sich an den Kämpfen beteiligen, ist umstritten.

Rückzug durch Offensiven

Der Vorstoß nach Laos ist – so paradox es klingen mag – Teil der grossen umfassenden *Absetzbewegung*, mit der sich Washington seines Engagements in Südostasien zu entledigen trachtet, ohne dabei das Gesicht zu verlieren. Der Sinn dieser unter Nixon eingeleiteten Strategie ist ungefähr folgender: Nachdem Südostasien einigermassen befriedet worden ist, sollen die Stützpunkte des Vietcong ausserhalb der Grenzen des Landes bekämpft und wenn möglich liquidiert werden. Ein erster Schlag richtete sich im Mai und Juni 1970 gegen *Kambodscha*, das als Aufmarschbasis der Kommunisten ausgeschaltet werden sollte. Über Erfolg oder Misserfolg dieser «Inkursion» gehen die Meinungen auseinander; tatsächlich sind die grenznahen Bastionen des Vietcong liquidiert und damit deren Vorstöße nach Südostasien hinein erschwert worden. Gleichzeitig wurde der Nachschub über den Hafen *Kompong Som*

– das frühere Sihanoukville – abgeschnitten, zweifellos ein schwerer Schlag für die in Südostasien kämpfenden kommunistischen Verbände.

Nun soll in Laos ein weiteres Loch verstopft werden. Der Operationsgedanke ist an sich nicht neu; eine solche Invasion wurde noch zur Zeit Präsident Johnsons von den amerikanischen Generälen vorgeschlagen, ist damals aber beim Staatschef, der sich bereits zur De-Eskalation und zum Rückzug aus der Politik entschlossen hatte, auf Ablehnung gestossen. Heute werden nun die vor drei Jahren gewälzten Pläne wieder aus der Schublade geholt; freilich dieses Mal unter dem Signet der «Vietnamisierung», indem die ganze Offensive im wesentlichen als von Saigon ausgehend und von Saigon getragen interpretiert wird.

Zankapfel Laos

Der Vorstoß über die Grenzen Vietnams hinaus hat in manchen Ländern der Welt, vor allem im kommunistischen Machtbereich, empörte *Proteste* ausgelöst. Die Legitimation dieses Zornes ist allerdings keineswegs überzeugend. Laos war einst Kriegsschauplatz, noch bevor in Südostasien der harte Kampf begann. 1962 wurde in *Genf* eine komplizierte Formel gefunden, nach der Laos pazifiziert und neutralisiert werden sollte. Was damals zwischen den drei Prinzen ausgehandelt worden ist, hat sich als recht brüchiger Kompromiss erwiesen. Die kommunistische Seite dachte nicht daran, ihre Positionen in Laos aufzugeben; der ganze Osten des Landes blieb unter der Kontrolle

des *Pathet Lao*, der durch sein Gebiet Truppen, Waffen und Material nach dem Kriegsschauplatz in Südvietnam schleuste – jahrelang, ungeachtet des Abkommens von Genf. Parallel zum Südvietnamkonflikt hat sich in Laos all die Jahre hindurch ein weiterer indochinesischer Kriegsschauplatz erhalten; nun sind die beiden Kampfgebiete (zumindest vorübergehend) miteinander verschmolzen.

«Militärische Logik»?

Von Washington aus ist, bei aller vorsichtigen Zurückhaltung, die Ausweitung des Vietnamkrieges nach Laos mit «militärischer Logik» begründet worden. Was immer das auch heissen mag, eine gewisse Folgerichtigkeit ist einem militärischen Vorgehen nicht abzusprechen, das sich in einer limitierten Aktion gegen die Aufmarschzentren des Gegners wendet. Aber wo ist das Ende? Die gleiche Logik könnte, ja müsste eigentlich zur Ausweitung des Krieges nach *Nordvietnam* führen; denn schliesslich ist ja Hanoi Motor und Seele des Vietcong. Auch diese Überlegung ist nicht neu; in Washington ist sie jedoch im Hinblick auf die unabsehbaren Konsequenzen durch die Tangierung Pekings – bisher stets als unrealistisch zurückgewiesen worden, und man dürfte in der gegenwärtigen Situation kaum zu anderen Schlüssen gelangen.

Damit aber erhebt sich die Frage, wie die amerikanische Politik in Vietnam weitergeführt werden soll. Nixon hat das Programm ganz klar umrissen: *Vietnamisierung* des Konfliktes und allmählicher Abbau des Engagements der Vereinigten Staaten. In den zwei Jahren seiner Präsidentschaft hat er diesen Kurs durchgehalten. Auch der Vorstoss nach Kambodscha vom Mai/Juni 1970 hat nichts daran geändert, dass das südostasiatische Expeditionskorps der Amerikaner im weiteren Verlauf des Jahres 1970 erneut und offensichtlich plangemäss reduziert worden ist. Beunruhigend an dieser Entwicklung ist lediglich, dass auf alle diese amerikanischen

Gesten des Entgegenkommens und der Bereitschaft zur Herauslösung aus den Implikationen Indochinas von der Gegenseite *kein Echo* erfolgt ist. Seit bald drei Jahren wird in *Paris* über Vietnam verhandelt, ohne dass sich bisher auch nur die geringsten Ergebnisse abgezeichnet hätten. Der Verdacht wird allmählich fast zur Gewissheit, dass es den Kommunisten lediglich um *Zeitgewinn* geht; dass Nordvietnam und der Vietcong nur darauf warten, bis der Abbau der amerikanischen Präsenz auf dem Null-Niveau angelangt ist, um dann ihre eigenen, maximalen Forderungen durchzusetzen.

Wie schliesslich auch die ganze Entwicklung enden mag, für die Vereinigten Staaten dürfte Vietnam – innen- wie aussenpolitisch – noch auf Jahre hinaus eine *schwere Hypothek* bedeuten. Niemand vermag die Garantie zu geben, dass das System der gezielten Schläge, welche die Rückzüge decken sollen, den USA tatsächlich die Atempause verschaffen, die es ihnen erlaubt, sich ungefährdet und mit relativ geringem Prestigeverlust aus Südostasien zurückzuziehen. Der Dschungelkrieg hat sich bisher als unberechenbar und heimtückisch erwiesen, und es ist unmöglich vorauszusagen, welche Verwicklungen Vietnam in den nächsten Monaten noch bringen wird.

Verlängerung der nahöstlichen Waffenruhe

Im Mittleren Osten ist das kritische Datum des 5. Februar, an welchem der im vergangenen Sommer abgeschlossene Waffenstillstand abließ, ohne dramatischen Akzent vorübergegangen. Von ägyptischer wie von israelischer Seite ist einer Verlängerung der Feuerpause zugestimmt worden. UNO-Vermittler Gunnar Jarring hat in einer *Fragebogen-Aktion* die Standpunkte der beiden Parteien abzuklären gesucht, in der Hoffnung, auf diese Weise einen gemeinsamen Nenner zu finden. Äusserungen, die der ägyptische Präsident *Sadat* in einem Interview machte und die später zum Teil

in der halboffiziellen Zeitung «Al-Ahram» bestätigt wurden, lassen auf eine grössere Konzessionsbereitschaft Kairos schliessen. So ist von Ägypten erstmals das Durchfahrtsrecht Israels durch die Strasse von Tiran und auch den Suezkanal ausdrücklich anerkannt worden – ohne Zweifel ein nicht unbedeutender Schritt auf dem Weg zu einem künftigen Ausgleich. Auch das israelische Kabinett hat am 21. Februar nach längeren Beratungen seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen betont.

Diese verbalen Demonstrationen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch eine Reihe heute unüberwindlich scheinender Hindernisse abzutragen sind. So hat sich Israel erneut geweigert, sich auf die Waffenstillstandslinie des 4. Juni 1967 zurückzuziehen und damit von vornherein alle im Sechstagekrieg in seinen Besitz gebrachten Faustpfänder aus der Hand zu geben. Israels Haltung ist verständlich; es hat in der Vergangenheit mit dem Verzicht auf einmal errungene Positionen und Einschwenken auf eine international garantierte Sicherung neuralgischer Punkte schlechte Erfahrungen gemacht und möchte sich nicht nochmals in eine ähnlich zwiespältige Situation manövriert sehen, wie zwischen 1956 und 1967. Auf der andern Seite hat Israel immer wieder hervorgehoben, dass es nicht aus Annexionsgründen die arabischen Gebiete besetzt halte, sondern sie als zu vorübergehend in Besitz genommene Territorien betrachte, die bei einer Friedensregelung wieder an die Araber zurückgegeben würden. Dass dabei gewisse *Korrekturen* des Grenzverlaufes vorgenommen werden müssten, war angesichts der grotesken und nur zufällig zustandegekommenen Waffenstillstandslinie von 1949 selbstverständlich.

Obwohl der Weg zu einer Verständigung zwischen Israel und den Arabern noch weit scheint, ist doch jetzt erstmals konkrete Hoffnung dafür vorhanden, dass die angebahnten Kontakte den Weg zu einer Lösung weisen können. Für Israel geht es letztlich darum, dass es von seinen Nachbarn die Garantie seiner Existenzberechtigung, einen Friedensvertrag und

gesicherte Grenzen erhält. Die Araber wollen eine Geste des Entgegenkommens, die ihnen in gewissen Grenzen das 1967 durch die Niederlage verlorene Prestige wiedergibt. Es wird nun darauf ankommen, wie weit es beiden Seiten gelingt, die verstandesmässig nicht genau zu umschreibenden Empfindlichkeiten des Gegners zu schonen und zu berücksichtigen. Niemand zweifelt daran, dass es langwierig und mühselig sein wird, den richtigen Weg durch das Labyrinth von Vorurteilen und Ressentiments zu finden, die Furcht und Drohung in den letzten beiden Jahrzehnten aufgebaut haben. Eine friedliche Lösung im Nahen Osten würde jedoch nicht nur Israeli und Arabern nützen, sondern an einem der internationalen Krisenherde, wo die Interessen der beiden Supermächte unmittelbar aufeinandertreffen, eine wirkliche Entspannung schaffen.

Wie denkt Moskau?

Viel zum Gelingen einer friedlichen Lösung wird von der Haltung Moskaus abhängen. Die labile Situation im Nahen Osten hat es der Sowjetunion in den letzten Jahren erlaubt, in immer stärkerem Masse im östlichen Mittelmeer Fuss zu fassen. Bisher schien es ein *Axiom* aller Politik in diesem Gebiet zu sein, dass das Hauptinteresse der Sowjetunion sich darauf konzentrierte, den nahöstlichen Topf am Brodeln zu erhalten. In jüngster Zeit gibt es einige Symptome, die darauf hindeuten, dass auch der Kreml ein Interesse an einer Stabilisierung hat. Für Russland brächte eine Wiedereröffnung des Suezkanals eine wichtige Verkürzung des Weges nach dem Indischen Ozean – eine Überlegung, die immer gewichtiger wird, je stärker die sowjetische Präsenz sich in diesen Gewässern zu manifestieren beginnt. Dazu mehreren sich die Anzeichen, dass die Sowjetunion im Begriffe steht, sich in Ägypten in die Rolle eines neuen Kolonialherrn hineinmanövriert. Für Moskau bringt dies nicht nur Vorteile, sondern auch erhebliche Belastungen mit sich, so dass es nicht aus-

geschlossen erscheint, wenn die sowjetische Führung – die sich in nächster Zukunft mit dem 24. Parteitag ohnehin mit internen Fragen konfrontiert sehen wird – das Engagement im östlichen Mittelmeer nicht allzu sehr verstärken möchte, zumindest nicht in nächster Zukunft. Eine Atempause, verbunden mit einer gewissen *Deskalation der Spannungen*, läge so auch

auf der Linie Moskaus. Die Sowjetunion hat in den vergangenen Jahren im Nahen Osten mit einem gewissen Geschick operiert; es ist deshalb durchaus denkbar, dass der Kreml die erzielten Erfolge konsolidieren und sie nicht durch ein Weitertreiben der Konfliktsituation wieder aufs Spiel setzen will.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Historische Wende?

57 Prozent der Stimmbürger bemühten sich am 7. Februar an die Urne, um einen Entscheid von historischen Dimensionen zu fällen: Im Verhältnis von zwei zu eins beschlossen die Eidgenossen, die politischen Rechte künftig mit den Frauen zu teilen. Zwar gab es noch immer 6½ Stände, die eine verwerfende Mehrheit auswiesen. Doch das sind Nachhutgefekte – vielleicht mit Ausnahme der Landsgemeindekantone, wo die Mehrzahl der Bürger um die Zukunft dieser Institution zu zittern beginnt, sobald vom Frauenstimmrecht die Rede ist.

Wenn das Wort «historisch» gebraucht wurde, so bezieht sich dies auf den Entscheid als solchen, nicht aber auf das politische Klima, das ihn umgab. 123 Jahre dauerte es, bis das männliche Stimm- und Wahlrecht durch jenes der Frauen ergänzt wurde. Und sicherlich erschienen gerade die allerletzten dieser 123 Jahre den Vorkämpferinnen ganz besonders lang. In der Perspektive der Frauenrechtsbewegung wird der 7. Februar daher säkulare Bedeutung erhalten. Im politischen Bewusstsein der schweizerischen Öffentlichkeit aber stellt dieses Datum wohl kaum eine tiefere Zäsur dar. Dazu war das Gefühl eines unaufhaltsamen Trends schon allzu stark verbreitet. Es stellte sich nur noch die Frage «Jetzt oder später?», nicht mehr jene nach dem Ja oder Nein.

Darüber hinaus herrscht allgemein die

Erwartung vor, dass der historische *Markstein* in der Frauenrechtsbewegung kaum zu einer historischen *Wende* in der Politik werde. Vielfältige Erfahrungen auf kantonaler und kommunaler Ebene, aber auch internationale Beispiele deuten darauf hin, dass die Aktivierung der Frauen keine nennenswerten Veränderungen im politischen Kräftespiel mit sich bringt. Ausschläge nach links oder rechts sind also im Anschluss an den 7. Februar kaum zu erwarten.

Andererseits eröffnet sich nun ein neues Potential an politischer Substanz, das unserer Milizdemokratie nur förderlich sein kann. In ungezählten Gemeinden zeigen sich wachsende Schwierigkeiten, all die vielen Ämter mit initiativen Kräften zu besetzen. Hier bieten sich mit dem Frauenstimmrecht neue Möglichkeiten, die ohne Zweifel auch von jenen Männern rasch genutzt werden, welche bis anhin der Meinung waren, die Frau gehöre «in die Küche»...

Parkinson unter der Bundeskuppel?

Während der Ständerat in der Sonderession der eidgenössischen Räte von Ende Januar die «Mini-Vorlage» zur Neuregelung der Bundesfinanzen behandelte, verabschiedete die Volkskammer mit überwältigender zustimmender Mehrheit ein Paket von verfassungsmässigen und gesetz-

geberischen Erlassen sowie von Bundesbeschlüssen, welche einerseits eine Verselbständigung, anderseits einen Ausbau der parlamentarischen Hilfsdienste ermöglichen sollen.

Die Verselbständigung, das heißt die Herauslösung des Parlamentssekretariats aus der Bundeskanzlei und seine direkte Unterstellung unter die Bundesversammlung hat die Logik der Gewaltentrennung für sich. Allerdings ist die Gefahr nicht auszuschliessen, dass das Parlament vom Regen in die Traufe kommen könnte. Eine gut ausgebauten professionelle Parlamentsverwaltung wäre möglicherweise zumindest potentiell in der Lage, unsere Milizparlamentarier in einem Ausmass zu gängeln, gegenüber dem die gelegentlichen Reibungen zwischen Bundeskanzlei und Ratsbüro als harmlose Episoden erscheinen müssten. Diese Vermutung ist nicht etwa aus der Luft gegriffen. Wer zum Beispiel in Bonn schon miterlebt hat, wie der «Direktor des Bundestages» (bei uns wäre das der Generalsekretär der Bundesversammlung) mit Parlamentariern und Kommissionen – notabene Berufspolitikern – umspringt, der kann sich leicht ein Bild davon machen, was bei entsprechenden personellen Voraussetzungen allenfalls auch unserem Parlament passieren könnte.

Die Kritik an dem ganzen Projekt setzt indessen nicht bei diesem Punkt an. Vielmehr gibt es Stimmen, die hier das «Parkinsonsche Gesetz» am Werke sehen. Sie befürchten eine unnötige Aufblähung des Beamtenapparates, der dem Parlamentarier das Entscheidende, nämlich das Denken, doch nicht abnehmen könne. In genauen Zahlen ausgedrückt, beliefe sich der zusätzliche Personalaufwand nach dem neuen Konzept auf 25; der Bestand würde von 15 auf 40 erhöht. Im einzelnen ginge es vor allem darum, eine Art von Sekretärenpool für die parlamentarischen Kommissionen zu schaffen. Bisher verfügten lediglich vier Kommissionen (Finanzen, Geschäftsprüfung, Wissenschaft und Forschung, Dokumentation) über ständige Mitarbeiter als Helfer. Alle übrigen mussten sich mit blossem Ad-hoc-Protokollführern begnügen.

Dieser Mangelsituation würde nun abgeholfen, einerseits durch den Einsatz von qualifiziertem – vor allem wohl juristischem – Stabspersonal, anderseits durch die Schaffung eines eigenen Protokollierungsdienstes. Bis anhin litten die Kommissionen nicht zuletzt darunter, dass die Protokollierung ungenügend oder einseitig (Überhang des Standpunktes der Verwaltung) war.

Parkinsonsche Auswüchse im Anzug? Wir glauben es nicht. Der erhöhte Bestand von 40 Hilfskräften (inklusive Weibel) für die gesamte Bundesversammlung bliebe immer noch kleiner als das Hilfspersonal, das *einem einzigen Senator der Vereinigten Staaten* zur Verfügung steht. Der Ausbau der parlamentarischen Dienste, wie er nun vom Nationalrat vorgeschlagen wird, erscheint nicht als überrissen. Er entspricht den praktischen Bedürfnissen einer verbesserten parlamentarischen Leistungsfähigkeit und damit auch dem öffentlichen Interesse. – Etwas anders liegen die Dinge in bezug auf die Vorbehalte, die nun von Seiten des Ständersatzes laut werden.

Widerborstiger Ständerat

Die Kommission des Ständersatzes hat sich von der imposanten Mehrheit im Nationalrat nicht beeindrucken lassen. Vielmehr hat sie sogar ernstlich erwogen, den Antrag auf Nichteintreten zu stellen. Schliesslich beschränkte sie sich darauf, einen Zusatzbericht zu verschiedenen Punkten zu verlangen – mit der Folge übrigens, dass das Geschäft nicht schon in der kommenden Session weiterbehandelt werden kann. Der Hauptgrund für die Bedenken des Ständersatzes liegt wohl darin, dass die vorgeschlagene Verwaltungskommission der beiden Räte mit dem Zweck der Aufsicht und Kontrolle des Parlamentsdienstes gemäss Antrag des Bundesrates und Beschluss des Nationalrates *nicht paritätisch* zusammengesetzt sein soll: Es nähmen 11 Volksvertreter und 6 Standesherren Einsitz.

Die Widerborstigkeit des Ständersatzes mag manchen «überrissen» erscheinen. Sie

muss aber in einem weiteren Zusammenhang bewertet werden. Das «Stöckli» weist sich zwar immer wieder über hohes parlamentarisches Niveau aus. Auf Grund der parteipolitischen Konstellation sieht sich der Ständerat aber trotzdem immer wieder als «Klub der Reaktionäre» auf das Korn genommen – ganz einfach deshalb, weil die politische Linke darin krass unververtreten ist. Auf diesem Hintergrund wird verständlich, dass die Standesherren ihrerseits darauf bedacht sind, Ansehen und Position der «zweiten Kammer» hochzuhalten. Wenn sie nun auch in der Frage der Verwaltungskommission auf «gleiche Rechte» pochen, so haben sie zumindest dem Buchstaben nach das Gesetz auf ihrer Seite. Denn das Zweikammersystem schweizerischer Prägung kennt prinzipiell keinen Gewichtsunterschied der beiden Räte. Infolgedessen wäre es auch inkonsequent, ein Aufsichtsorgan für die Verwaltung der Bundesversammlung zu schaffen, bei dem die Delegation des Nationalrates jene des Ständerates aus Gründen der zahlenmässigen Stärke jederzeit zu majorisieren vermöchte.

Parteipolitischer Rohrkrepierer?

Das Wahljahr 1971 scheint mehr als andere Wahlzeiten im Zeichen von programmatischen Diskussionen zu stehen. Haben sonst «Wahlplattformen» eher den Charakter von ideellen Alibiaktionen, die von den politischen «Frontkämpfern» wie von den Wählern nicht allzu stark gewichtet werden, so ist es diesmal zumindest *einer* Partei gelungen, mit einem programmatischen Paukenschlag an die Öffentlichkeit zu treten, der mehr als blossen Theaterdonner darstellt: Die Christlichdemokratische Volkspartei hat einen Vorentwurf ihres Wahlmanifests zur öffentlichen Diskussion freigegeben, der mit der unverhüllten Absage an die «Allparteienregierung» gemäss der «Zauberformel» 2–2–2–1 nicht nur grosses publizistisches Echo, sondern auch parteiinterne Kontroversen von beträchtlichem Ausmass ausgelöst hat.

Die Diskussion könnte in mehrfacher Hinsicht zu einem interessanten Test werden. Zum ersten drängt sich die Frage auf, ob der Tatbestand, dass eine Partei eine grundsätzliche Auseinandersetzung von solcher Tragweite auslöst, als solcher vom Wähler honoriert werden wird. In dieser Hinsicht gehen ja die Meinungen der parteipolitischen Auguren weit auseinander. Trotz der «Re-Ideologisierung» vor allem der akademischen Jugend ist es keineswegs sicher, dass die grosse Masse der Wähler wieder mehr als früher auf programmatiche Auseinandersetzungen anspricht.

Zum zweiten stellt sich die Frage, wie populär die sogenannte Konkordanzdemokratie, die von der CVP nun frontal angegangen wird, in Wirklichkeit ist. Man spricht viel vom Unbehagen rund um unseren politischen Stil des Kompromisses. Wenn es darauf ankommt, ernsthaft Farbe zu bekennen, so schwingen dann aber die Argumente für die Konkordanzdemokratie meist deutlich obenauf. Die Diskussionen der nächsten Wochen und Monate werden hier vermehrte Klarheit darüber vermitteln müssen, ob der bisherige Kurs in der Regierungsbildung nach wie vor der überwiegenden Volksmeinung entspricht.

Zum dritten wird die Programmdiskussion für die betreffende Partei selbst wohl zu einer internen Bewährungsprobe werden. Es ist kein Geheimnis, dass hinter dem Programmentwurf wie auch hinter der kürzlich erfolgten Strukturreform Kräfte stehen, die eher dem «progressiven» Parteiflügel zuzurechnen sind. Ihnen stehen andere Gruppierungen gegenüber, die in letzter Zeit offenbar «Gewehr bei Fuss» standen, die deswegen aber noch keineswegs als überspielt zu gelten haben. – Alles in allem: Parteipolitischer Rohrkrepierer oder wahlaktisches Erfolgsrezept? Das ist hier die Frage, auf deren Beantwortung «Freund» und «Feind» fast gleichermaßen gespannt sind.

Spectator

Abgeschwächtes Wachstum und steigende Preise in der Schweiz

Die konjunkturelle Entwicklung nimmt in unserem Lande ihren unerbittlichen Fortgang. Der Index der Konsumentenpreise ist bis Ende Januar auf 5,8 Prozent gestiegen, und es ist anzunehmen, dass er die Marke von 6 Prozent übersteigen wird. Gleichzeitig sind die ersten Indizien erkennbar, die auf eine Abschwächung der Wachstumsraten der Produktion schliessen lassen. Die Auftragseingänge scheinen sich etwas zu normalisieren, ohne dass daraus aber schon auf ein deutliches Absinken der globalen Nachfrage geschlossen werden könnte. Die Normalisierungstendenzen dürften denn auch eher ein Symptom dafür sein, dass die Produktion mehr und mehr an die Kapazitätsgrenzen stösst, die zur Hauptsache durch den Arbeitsmarkt bestimmt werden. Dies ist insbesondere für die absinkenden Wachstumsraten im Export zutreffend. Die Investitionstätigkeit hat sich ebenfalls verringert, was sich vor allem in den abnehmenden Investitionsgüterimporten spiegelt. Der gleiche Trend wird übrigens durch die individuellen Bauvorhaben bestätigt. Der Nachfrageüberschuss im Bausektor ist damit aber noch nicht abgebaut. Andererseits ist im Bereich der Konsumgüternachfrage künftig mit einer steigenden Tendenz zu rechnen, da sich die Lohnerhöhungen und die Verbesserung der AHV-Renten auszuwirken beginnen. Es zeichnen sich also innerhalb der globalen Nachfragestruktur Umschichtungen ab, die sich noch nicht in einer eigentlichen Normalisierungstendenz niederschlagen werden. Das Nachfragevolumen trägt nach wie vor zur Überhitzung bei, während sich andererseits die Kostenwirkung der Inflation immer stärker bemerkbar macht. Die Preise stehen also unter dem Druck beider Steigerungseffekte.

Es ist in diesem Zusammenhange insbesondere auch ins Licht zu stellen, dass sich die globale *Budgetpolitik* unseres Lan-

des konjunkturpolitisch kontraproduktiv auswirkt; die kürzlich publizierten konsolidierten Zahlen über die Budgets von Bund, Kantonen und Gemeinden müssen grössten Bedenken rufen, zeigen sie doch gegenüber dem Vorjahr nicht nur eine Zuwachsrate von 11 Prozent, sondern auch eine Ausweitung des Defizits um nicht weniger als 30 Prozent auf 1,3 Milliarden Franken (810 Millionen Franken für die Kantone und 450 Millionen Franken für die Gemeinden). Es besteht kein Zweifel, dass die Finanzpolitik die Auftriebskräfte weiter unterstützen wird und dass sich die Unmöglichkeit, sie in einen konjunkturpolitischen Gleichschritt zu bringen, sich immer verhängnisvoller auswirken muss. Die Finanzpolitik läuft den kreditpolitischen Massnahmen zuwider und zeigt einmal mehr, dass eine Konjunkturpolitik, die diesen Namen verdient, auf eine minimale Konsistenz des wirtschaftspolitischen Verhaltens angewiesen ist, wenn sie positive Ergebnisse soll liefern können.

Und dies fällt in der gegenwärtigen Situation um so mehr ins Gewicht, als das Mittelangebot am Geld- und Kapitalmarkt zufolge der sinkenden Zinssätze wieder gestiegen ist. Die durch internationale Entwicklungen ausgelösten Repatriierungen wirken sich in einer konjunkturell nicht sehr günstigen Weise aus. So ist auch von dieser Seite ein Liquiditätseffekt eingetreten, der sich eher zugunsten eines erhöhten Inflationsdruckes auswirken dürfte. Deshalb ist die Annahme wohl erlaubt, dass unser Land noch nicht am Ende der Inflationsspirale angelangt ist.

Es bestätigt sich bei näherer Betrachtung der schweizerischen Konjunkturentwicklung die bereits bekannte Erfahrungstatsache, dass unter der Wirkung einer Reihe von strukturellen Umschichtungen die selbsttätigen Adoptionskräfte nicht mehr so prompt reagieren, wie das auf Grund der «reinen Theorie» angenommen werden könnte. Aus dieser Situation haben

die liberalen Nationalökonomien längst die Konsequenzen gezogen, indem sie einer Stabilitätspolitik das Wort reden, die in der Lage ist, die Gleichgewichtsverzerrungen zu beseitigen. Jedenfalls ist es nicht mehr möglich, wie das in unserem Lande noch immer geschieht, das liberale Gedankengut gegen eine aktive Konjunkturpolitik auszuspielen.

Die EWG-Wirtschafts- und Währungsunion

An der Haager Gipfelkonferenz vom Dezember 1969 verpflichtete sich bekanntlich der Ministerrat der EWG zur Ausarbeitung eines *Stufenplanes* «Für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion» im Laufe des Jahres 1970. Mit diesem Projekt ist der sogenannte «Werner»-Plan verbunden, der aber deshalb, weil grundlegende Meinungsdifferenzen über den politischen Gehalt des Gemeinsamen Marktes bestanden, nicht fristgerecht auf Ende des vergangenen Jahres verabschiedet werden konnte. Die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion liegt in der Überzeugung begründet, dass sich nur auf dieser Basis die Integrationseffekte optimalisieren lassen, dass es nur auf dem Boden einer solchen Ordnung überhaupt möglich ist, eine das ganze EWG-Gebiet umfassende Stabilitätspolitik zu konzipieren. Diese Zielsetzung ist in der EWG grundsätzlich unbestritten. Die wichtigsten Elemente des «Werner»-Plans umfassen denn auch: vereinheitlichtes Währungsgebiet, das heißt Währungskonvertibilität ohne Kursschwankungen und bei unveränderlichen Paritätsverhältnissen zwischen den Mitgliedstaaten, zentrale Steuerung der Liquiditätsschöpfung, einheitliche Führung der äusseren Währungspolitik, einheitliche Kapitalmarktpolitik, Festlegung der «Eckwerte» der öffentlichen Budgets, koordinierte Regional- und Strukturpolitik sowie Konsultationen zwischen den Sozialpartnern; dazu sollte eine Währungshilfeverpflichtung kommen. Die Verwirklichung des «Werner»-Planes

konnte nur durch den Übertrag von nationalen Entscheidungskompetenzen auf die Gemeinschaftsebene durchgeführt werden. An dieser Frage scheiterte Ende des letzten Jahres eine Einigung über den «Werner»-Plan.

Überraschenderweise ist es nun aber bereits am 9. Februar den Wirtschafts-, Finanz- und Aussenministern der EWG gelungen, den Plan zur Wirtschafts- und Währungsunion zu verabschieden; sie haben damit eine Leistung vollbracht, die von Beobachtern der Brüsseler Szenerie kaum noch für möglich gehalten wurde. Im Laufe von zehn Jahren soll nun die Währungs- und Wirtschaftsunion entstehen. Zur ersten Etappe, die drei Jahre umfassen wird, sind die Ratsentscheidungen über die Koordination der kurzfristigen Wirtschaftspolitik und die Zusammenarbeit der Zentralbanken erlassen worden. Das mittelfristige Programm, das die gemeinsamen wirtschaftlichen Orientierungsdaten enthält, ist akzeptiert worden. Obwohl die erreichte Einigung höchst imposant ist, haben sich doch auch schon Zweifel angemeldet, ob es gelingen wird, im nächsten Jahrzehnt das Ziel einer vollen Wirtschafts- und Währungsunion zu erreichen, da, so machen die Skeptiker geltend, dazu eine wesentlich weitergehende politische Integration notwendig wäre.

Preissenkungen in der DDR

Inflationssorgen eigener Prägung haben auch die osteuropäischen Staaten. Nachdem es der polnischen Regierung nicht gelungen war, die durch die Preiserhöhungen vom letzten Dezember ausgelösten Unruhen zu überwinden, hat sie sich nun überraschend entschlossen, die Preisdekrete wieder rückgängig zu machen. Dies muss als eine klare Konzession an die «Unruhestifter» verstanden werden. Wohl mit einem Seitenblick auf die polnischen Vorgänge hat sich zu Beginn des Monats Februar auch der Ministerrat der DDR entschlossen, Preissenkungen vorzunehmen und einige Sozialleistungen anzuheben. Auch

die DDR hat mit mannigfachen Versorgungsstörungen zu kämpfen, die sich, wenn sie sich vertiefen sollten, politisch hätten entladen können. Die Regierung ist offensichtlich bemüht, jeden Ansatz zu Protestreaktionen zu beseitigen.

Preismanipulationen sind in den ost-europäischen Staaten stets eine grosse Angelegenheit. Leitende Funktionäre kreuzten denn auch in der DDR in den Betrieben auf und gaben Erklärungen über die Absichten der Partei ab. Die Gewerkschaften wurden in die Kampagne eingeschaltet. Es entstand eine hektische Aktivität auf allen Parteistufen. Damit will die Partei eine Entfremdung vom Volke verhindern. Sie sucht die Tuchfühlung mit den Werktäglichen – ein Zeichen ihrer politischen Unsicherheit. Die Konsolidierung der Lage scheint in der DDR um so mehr geboten, als sich die Partei auf den 8. Parteitag rüsten muss, der auf Mitte Juni dieses Jahres angesetzt worden ist. Dieser Parteitag dürfte übrigens den Stempel eines sich schon heute abzeichnenden Generationenwechsels in der DDR tragen. Die Ausführungen Ulrichts zu diesem Parteitag sind denn auch durch pseudotestamentarische Züge geprägt, wobei für ihn natürlich nach wie vor der unbedingte Wille zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Vordergrund steht.

D-Day in Grossbritannien

Die Umstellung der britischen Währung auf das Dezimalsystem, die offiziell am 15. Februar begann, scheint sich bis heute

reibungslos abgewickelt zu haben. Die Umstellungsschwierigkeiten wurden bewältigt, und es ist zu keinen grösseren Friktionen gekommen, was den Organisatoren dieses gigantischen Unternehmens ein gutes Zeugnis ausstellt. Es darf nicht vergessen werden, dass es sich dabei nicht nur um eine mentalitätsmässige Neuorientierung gehandelt hat, sondern dass gleichzeitig mit der psychologischen Vorbereitung der Bevölkerung auch eine gewaltige organisatorische Arbeit geleistet werden musste, die von der Umstellung der Automaten, der Dezimalisierung sämtlicher Konten bis zur Herstellung der neuen Münzen reichte.

Auf der wirtschaftspolitischen Ebene kämpft Grossbritannien allerdings weniger glücklich, ist es doch in eine Phase der steigenden sozialen Unrast geraten. Der nun schon seit Wochen anhaltende Poststreik ist lediglich Reflex einer tiefer-sitzenden Unzufriedenheit. Die Arbeitslosigkeit hat wieder zugenommen, und der Druck auf die Regierung, das wirtschaftspolitische Ruder herumzuwerfen, wird immer grösser. Zudem ist die Lohnfront in einem Masse in Bewegung geraten, die absolut stabilitätsgefährdenden Charakter hat. Die Regierung steht also zwischen der Wahl einer expansiven Wirtschaftspolitik, die England wieder der Gefahr aussetzen könnte, in die Zone von Zahlungsbilanzdefiziten zu rutschen, oder einer weiterhin moderierten wirtschaftlichen Gangart, die aber die soziale Front nicht zur Ruhe kommen lässt.

Oeconomicus